

**Ernst-Ulrich Huster**

## **Reichtum und Armut**

### ***Über Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland***

#### **Reichtum und Armut- Begriffsbestimmung und Quellen**

Reichtum ist zunächst und vor allem - wie auch Armut - relativ. Wenn ein Leben unterhalb der Hälfte dessen, was - im gewichteten Durchschnitt - einem Haushalt zur Verfügung steht, die Grenze zur Armut markiert, so bedeutet das Überschreiten des doppelten durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens ebenfalls einen besonderen Einschnitt, der hier als Reichtumsgrenze gefasst werden soll. Dabei wird über dieses quantitative Kriterium hinaus auch der Nachweis einer besonderen Qualität beim Verbrauch in diesen Haushalten geführt, getreu der Devise aus der Dreigroschenoper: „Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm.“ Dabei stellt Einkommen eine Fließgröße dar, die ihrerseits starken Schwankungen unterworfen ist. Im Gegensatz dazu hat das Vermögen eine größere Beharrungstendenz und kann seinerseits erneut Quelle von Einkommen sein.

Wichtig ist dabei, wie auch in der Armutsdiskussion, eine Differenzierung innerhalb der Gruppe der Reichen. Ob man sich dabei der Kategorien „reich“ und „superreich“ bedient, ist weniger erheblich als vielmehr die Tatsache, dass innerhalb der Gruppe der Reichen eine Personengruppe existiert, bei der Einkommen und Vermögen insoweit eine neue Qualität gewinnen, als sie immer wieder zu neuen Quellen von Einkommen und Vermögen werden.

Das eigentliche Problem aber liegt bei den Quellen. Es gibt in der bundesdeutschen Literatur nur wenige Ansätze, die Entwicklung des Reichtums zu beschreiben und zu analysieren. Beschäftigt man sich mit dem Reichtum, erkennt man sehr schnell, dass es im Grunde keine Quellen gibt, die geeignet sind, aus sich heraus das Bild des Reichtums und dessen Entwicklung zu illustrieren. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Unkenntnis über hohe Einkommen vielleicht sogar eine ihrer Voraussetzungen darstellt. Hohe Einkommensbezieher lieben das Diskrete, vor allem, wenn es um die Offenlegung ihrer Einkünfte geht. Man stelle sich in Deutschland eine vergleichbare Offenlegung der Steuerlisten wie in Schweden vor! Durchgängig basieren Quellen zum Reichtum auf Selbstauskünften (EVS, Panel) bzw. auf der Steuerehrlichkeit.

Es sind aber nicht nur die Quellen, sondern die Daten selbst, die Probleme bereiten. Man denke etwa an die Altersversorgung: Selbständigenhaushalte regeln dieses im Regelfall auf privatrechtlicher Basis, abhängig Beschäftigte dagegen vorrangig sozialrechtlich. Folglich sagt die absolute Höhe der Nettoeinkommen (Einkommen nach Steuern und Sozialabgaben) wenig aus über das verfügbare Einkommen, hat doch der abhängig Beschäftigte im Regelfall dann schon seinen Beitrag zur Altersvorsorge weitestgehend geleistet, während der Selbständige dieses dann erst selbst tun wird. Dieses hat Konsequenzen bis hin zum Besitz von

Immobilien oder sonstigen Werten als Beitrag zur Altersvorsorge. Umgekehrt muss gefragt werden, welcher Grad der Altersabsicherung sozial- und welcher privatrechtlich erreichbar ist - sowie: Was geschieht mit den Anwartschaften im Todesfalle, was ist vererbbar, was nicht? Des weiteren sind Vermögenswerte dann nur schwer erfassbar, wenn sie im Grenzbereich zwischen privat und geschäftlich anzusiedeln sind.

Dabei sind die Quellen, Daten und deren Würdigung mehr als andere Fakten und Zusammenhänge in einem außerordentlichen Maße wertbesetzt und folglich in der sozialen Kontroverse: Ist etwas ein Unternehmensertrag oder ein Profit? Ist etwas eine angemessene Kapitalverzinsung oder eine moralisch unrechtmäßige Bereicherung? Handelt es sich um eine legitime Verteilungsdiskussion oder um eine Neidhammel-Debatte? Folglich ist schon die wissenschaftliche, geschweige denn die politische Kontroverse über Verteilungsfragen außerordentlich schwierig. Es war dies wohl auch der Grund, warum das Sozialwort der Kirchen hier lieber bloß einen Reichtumsbericht forderte, als dass es sich selber in die Diskussion und damit in die Kritik begeben hätte.

### **Ökonomie des Reichtums**

Die Gesellschaften in den Ländern der Europäischen Union haben sich offensichtlich damit abgefunden, dass parallel zum stetig steigenden Wohlstand, ja Reichtum, die Zahl der Personen zunimmt, die ohne staatliche Hilfe ihr Auskommen nicht fristen können. Insgesamt hat sich die Verteilungsschieflage in den 80er Jahren in einem starken Maße zugespitzt: Von 1980 bis 1992 hatte sich beispielsweise in (West-) Deutschland die Zahl der Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe mehr als verdoppelt (Index 1980 = 100, 1992 = 238), während sich die Anzahl der Haushalte mit einem monatlich verfügbaren Einkommen von 5.000 EUR und mehr von 1983 - 1993 mehr als versechsfacht hat. 1998 verfügten 2,5 Mio. Haushalte im Monat über ein Einkommen von 5.000 EUR und mehr, während nach der Sozialhilfestatistik im selben Jahr 2,9 Millionen Menschen Sozialhilfe bezogen (Jahresendzahlen). Die bundesdeutsche Gesellschaft ist reich, dieser Reichtum nimmt stetig zu, Reichtum ist sozial gesehen durchaus ein Massenphänomen. Nicht die offiziell ausgewiesenen Einkommensmillionäre, sondern ca. 2,5 Millionen Haushalte prägen das Bild vom Reichtum in Deutschland. Allerdings liegen ca. 60 % dieser Haushalte im Bereich zwischen 5.000 und 6.500 EUR monatlichem Nettoeinkommen. Nimmt man die veröffentlichten von Richard Hauser und Irene Becker, wonach zum Reichtum nicht nur ein Leben oberhalb der 200 – Prozentgrenze beim Einkommen, sondern auch beim Vermögen gehöre, so waren 1998 in Deutschland 1,1 Mio. Haushalte mit 1,8 Mio. Menschen diesem ohne Zweifel als reich einzustufenden Personenkreis zuzuordnen.

Global gilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte hat mit einem Anteil von ca. 60 Prozent der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland - West mehr als die beiden unteren Drittel zusammen, auf die nur ca. 40 Prozent entfallen. Eine große Differenz besteht noch einmal zwischen dem mittleren und dem unteren Drittel: Auf das untere Drittel aller Haushalte entfällt

weniger als die Hälfte dessen, was ihm proportional eigentlich zustünde. Und diese Entwicklung geht weiter.

Das *Sozio-ökonomische Panel* erhebt seit 1984 wissenschaftsgetragene Veränderungen der Wohlstandsposition von Haushalten, dabei in etwa die gesellschaftliche Gesamtheit widerspiegelnd, von allerdings bestimmten Unschärfen gerade im unteren und im oberen Einkommensbereich abgesehen. Unter Zugrundelegung einer Reichtumsgrenze bei 200 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens und einer Grenze der Wohlhabenheit bei 150 % weist das Panel in Westdeutschland 12 % der Haushalte als wohlhabend und knapp 5 % als reich aus. Die Quoten der Wohlhabenden an der Gesamtbevölkerung schwankten in den letzten Jahren geringfügig zwischen 12 % und 13 %, die Reichtumsquoten zwischen 4 – 5 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die reiche Bevölkerung vom Panel um zwischen 0,5 und 1 Prozent unter erfasst wird, d.h. es werden zwischen 400.000 und 800.000 Personen, die reich sind, nicht nachgewiesen! Gemessen am westdeutschen Einkommensniveau sind in Ostdeutschland 5 % der ostdeutschen Bevölkerung als wohlhabend und 1 % als reich einzustufen. Strenge Armut kann relativ schnell überwunden werden, auch wenn die Chance, in den höheren Einkommensbereich zu gelangen, vergleichsweise gering ist. Im oberen Einkommensbereich dagegen ist eine weitaus höhere Persistenz festzustellen. Zugleich konnten die reichen Haushalte ein größeres Vermögen und höhere Vermögenserträge auf sich konzentrieren: Die Reichen wurden reicher!

Die Analyse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1983 hatte ergeben, dass damals die 10 % reichsten Haushalte über fast die Hälfte der erfassten Vermögenswerte verfügten, während sich die untere Hälfte der Haushalte mit gerade mal 2,4 % zufrieden geben musste. Berechnungen zur EVS 1998 zeigen, dass die Konzentration nach wie vor hoch ist, wenngleich sich eine geringe Verschiebung in die Mitte nachweisen lässt: 1998 besaßen die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher immer noch 42,3 Prozent aller in der EVS ausgewiesenen Vermögenswerte, die unteren 50 Prozent dagegen mussten sich mit einem Anteil von nur 4,42 Prozent zufrieden geben. Dabei erfasst die EVS das Vermögen dermaßen unzureichend, dass sich diese Verschiebung auch aus statistischen Effekten heraus ergeben haben könnte.

Hier zeigt sich nun ein wissenschaftliches Problem beim Umgang mit Durchschnittszahlen. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln weist für 1995 ein Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Höhe von ca. 20 Billionen DM aus. Andere Schätzungen liegen bei nur 14 Billionen DM. Insbesondere die Einbeziehung von Rentenanwartschaften beim IW ist nicht unproblematisch. Wie auch immer: Pro Haushalt seien dies weit über 500.000 DM: „Der enorme reale Zuwachs des Vermögens wie auch der deutliche Anstieg des realen verfügbaren Einkommens zeigen, dass sich der materielle Wohlstand in Deutschland im Trend beachtlich erhöht hat.“ Ich halte dieses für sehr problematisch: Man nehme den gesamten Alkoholkonsum in der Bundesrepublik Deutschland und teile diesen durch die Wohnbevölkerung, dann gibt es keinen Alkoholiker mehr in Deutschland, aber

auch kein Baby würde das die ersten Lebenstage überleben. D.h.: Hier gibt die Durchschnittszahl nicht einmal eine Tendenz wider, sie macht schlicht keinen Sinn!

### **Reichtum unter der Steuerschraube?**

Die bereits bei dem Klassiker des Kapitalismus, dem schottischen Moralphilosophen Adam Smith, formulierte Auffassung, dass jeder entsprechend seines Vermögens zum Bestreiten des Aufwandes des Staates beizutragen habe, wird aber de facto nicht eingelöst. Der staatliche Gesetzgeber hat in den letzten 30 Jahren kontinuierlich den Anteil der Einkommensteuer am Gesamtsteueraufkommen zurückgefahren. Während die auf abhängiger Erwerbsarbeit basierende Lohnsteuer erheblich an Bedeutung gewonnen hat, sind Steuern auf Vermögen nunmehr ganz abgeschafft und die auf Gewinne aus Gewerbebetrieben reduziert worden; die breite Bevölkerungskreise stärker belastenden Verbrauchssteuern haben dagegen an Gewicht gewonnen. Dieter Eißels These vom „Marsch in den Lohnsteuerstaat“ bzw. die von Claus Schäfer als „duales Steuersystem“ apostrophierte Ungleichbehandlung abhängiger Erwerbsarbeit und privaten Verbrauchs auf der einen Seite (Quellensteuern) und der mit einem Gestaltungsprivileg ausgestatteten freiberuflichen und unternehmerischen Tätigkeit andererseits führt im Kontext mit unzureichenden Kontrollmechanismen zu erheblichen Steuerverkürzungen gerade bei den Besserverdienenden.

Treten hier noch Ungleichbehandlungen im industriell-gewerblichen Bereich hinzu, wie etwa ein Verzicht auf Überprüfung steuerlicher Grundlagen betrieblicher Einnahmen und der von Freiberuflern, dann liegt die These nahe, dass bestehende Einkommensdifferenzen etwa zwischen den Selbständigen und allen anderen Berufsgruppen sowie die Konzentration von Vermögen gerade auch bei dieser Berufsgruppe keineswegs bloß das Ergebnis von erhöhtem Fleiß, sondern auch von gewährten Steuerprivilegien und zumindest in nicht unerheblichem Umfang von der Möglichkeit ist, Steuern trickreich zu verkürzen oder unentdeckt zu hinterziehen. Zur rechtsstaatlichen und erst sekundär zur sozialstaatlichen Posse gerät, dass „arme“ Einkommensmillionäre sogar relativ gesehen mehr Steuern bezahlen müssen als „reiche“, die offensichtlich dem Finanzamt gegenüber nicht nur ihr Einkommen entsprechend dem Gestaltungsprivileg deklarieren, sondern auch noch die Steuerhöhe selbst festlegen. Dieses wird offensichtlich von den Finanzämtern akzeptiert, besteht doch die 'Gefahr', dass dieser 'gute' Steuerzahler steuerrechtlich ins Ausland abwandert. Vor dem Gesetz sind eben doch nicht alle gleich! Und nun sollen diese scheuen Wesen ganz vorsichtig bewegt werden, ihr Geld wieder nach Deutschland zurück zu bringen!

### **Soziale Polarisierung als Prozess in Westeuropa**

Insgesamt hat sich die Verteilungsschiefelage in den 80- und 90er Jahren nicht nur in Deutschland, sondern in Westeuropa zugespitzt, nachdem etwa in den 1970er Jahren ein Rückgang der Verteilungsungleichgewichte festzustellen war. Jüngste nationale Untersuchungen für Großbritannien, Schweden und Finnland zeigen einen weiteren Anstieg der Einkommensungleichheit in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.

Als eines der Parameter für soziale Ungleichheit gilt das Verhältnis der Einkommen der unteren 20 Prozent der Haushalte zu dem der obersten 20 Prozent, also das Verhältnis der 20 Prozent reichsten zu den 20 Prozent ärmsten Haushalten. 1996 verfügten die 20 Prozent ärmsten Haushalte lediglich über 7,6 Prozent des Gesamteinkommens, während die reichsten 20 Prozent mit einem Anteil von 39,3 Prozent am Gesamteinkommen 5,2 mal soviel auf sich konzentrierten. Dabei zeigt sich, dass dieses Anteilsverhältnis besonders groß ist in Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und in Großbritannien. Mit einem Faktor 2,9 – also die reichsten 20 Prozent der Haushalte verfügten nur über das 2,9-fache des Anteils der unteren 20 Prozent der Haushalte - hat Dänemark eine hervorragende Stellung im Sinne einer relativ geringen Verteilungsungleichheit. Deutschland allerdings liegt mit dem Faktor 4,7 sehr Nahe am EU – Durchschnitt, ähnlich wie die Niederlande, Luxemburg und Belgien. Österreich weist insgesamt eine leicht geringe Verteilungsungleichheit auf als Deutschland.

Dieses kann man nun auch in absoluten Anteilen der einzelnen Bevölkerungsquintile am Einkommenskuchen verfolgen. In Deutschland verfügten 1996 die untersten 20 Prozent der Haushalte lediglich über einen Anteil von 8 Prozent – damit im EU – Durchschnitt liegend, die obersten 20 Prozent dagegen von 37 Prozent. In Dänemark verfügen die untersten 20 Prozent aller Haushalte mit 11 Prozent über mehr als ihren Schicksalsgenossen im EU – Durchschnitt zukommt, aber auch die obersten 20 Prozent liegen mit einem Anteil von 33 Prozent unter dem EU – Durchschnitt. Außer in den Südländern ist die Verteilungsungleichheit besonders extrem in Großbritannien: Die untersten 20 Prozent mussten sich mit einem Anteil von nur 7 Prozent abfinden, während die obersten 20 Prozent mit 42 Prozent einen Spitzenwert ausweisen. Für Deutschland gibt es im Kontext des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung noch eine Sonderuntersuchung, die zeigt, dass 1995 die 10 Prozent reichsten Selbständigen Haushalte über 55 Prozent des Nettoeinkommens dieser sozialen Gruppe verfügen konnten! Die Ungleichheit ist in dieser sozialen Gruppe doppelt so groß wie bei allen Haushalten!

Diese Aussagen korrelieren sehr stark mit einem anderen von Eurostat ausgewiesenen Ungleichheitsparameter, nämlich dem sog. Gini-Koeffizient. Am niedrigsten ist dieser Gradmesser von Einkommensungleichheit in Dänemark, am höchsten außer in den Südländern in Irland und in Großbritannien. Die extrem hohen Werte in den Südländern erklären sich dort im wesentlichen aus den tendenziell geringen Durchschnittseinkommen. In Großbritannien wie in anderen Ländern hingegen sind die Folgen neoliberaler Deregulierungs- und Umverteilungspolitik offensichtlich!

### **Zunehmende soziale Polarisierung**

In Wissenschaft und Politik wird die These kontrovers diskutiert, ob die Bundesrepublik Deutschland mehr oder weniger stark sozial polarisiert sei. Auf der einen Seite gibt es Indikatoren, die für eine Stabilität der Verteilungslage sprechen. So hat sich das Ausmaß der Einkommenskonzentration in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert, der Anteil der reichen bzw. wohlhabenden Haushalte an der

*Panel*-Population ist nur geringfügig gestiegen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Indikatoren für eine stärkere verteilungspolitische Zuspitzung.

Erst die Verbindung der vorgelegten Daten und deren Bezug auf eine quantitative, relative Verteilungsposition und auf qualitative Kriterien für Teilhabechancen in der Gesellschaft machen eine deutliche Drift einschließlich einer sozialen Polarisierung deutlich. Denn entscheidend ist, welches Einkommensvolumen für die Gestaltung der Lebensbedürfnisse zur Verfügung steht, in welcher Relation starre Ausgabensegmente zu Möglichkeiten einer freizügigeren Lebensgestaltung stehen. Und schließlich: Das Gleichbleiben der Lorenzkurve bedeutet eben auch, dass beispielsweise das obere Segment ein Plus von 1.000 EUR zu verzeichnen hat, wenn das untere Segment 100 EUR, das zweite 200 EUR, das dritte 300 EUR etc. zulegt. Der von Ulrich Beck beschriebene „Fahrstuhleffekt“ bedeutet, dass die Abstände zwischen den einzelnen „Etagen“ in der Gesellschaft - absolut gesehen - immer größer werden.

### **Das gesellschaftliche Interesse an Reichtum**

Die Beschäftigung mit „Reichtum“ dient zunächst dessen Schutz, fragt sie doch nach dem legitimen Besitz und unterscheidet ihn wertend vom illegitim und illegal erworbenem. Reichtumsforschung geht von der Legitimität sozialer Distanz aus, sie fragt nach deren Bedeutung in der Gesellschaft. Reichtum soll und darf nicht dämonisiert werden. Auch steht er nicht für beliebige Umverteilungsüberlegungen zur Verfügung: Reichtum hat wichtige Funktionen in unserer Gesellschaft, im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich. Aber Reichtum steht auch nicht außerhalb des gesellschaftlichen Diskurses darüber, welcher Grad an sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft konstruktiv, förderlich wirkt, und welcher Grad sozialer Ungleichheit destruktiv ist. Insofern bedarf es eines ausgewogenen gesellschaftlichen Diskurses darüber, wozu Reichtum dient bzw. was Sozialbindung von Eigentum konkret heißen soll.

Reichtum ist ein Leitbild, das letztlich für soziale Differenzierung steht: Leistung und Wettbewerb werden verlangt, mit ihnen sind positive Gratifikationen verbunden, materielle und immaterielle. Leistung und Konkurrenz sind die vorherrschenden Verhaltensanforderungen, wo Reichtum als Gratifikation geboten wird. Reichtum kennzeichnet eine herausgehobene Position in der Gesellschaft, auch wenn sich diese Position angesichts millionenfacher Besetzung gleichzeitig ein Stück weit selbst wieder entwertet. Früher war Besitz und Reichtum ein Kriterium für die Zugehörigkeit zur Elite einer Gesellschaft. Legte man dieses heute kritisch zu Grunde, dann wäre die Mafia die Elite der Nation!

Reichtum ist aber auch ein Leidbild. Die Abkoppelung bzw. das Abgekoppelt-Werden von den Möglichkeiten und Zwängen dieser Leistungs- und Konkurrenzethik stellen im Regelfall den Einstieg in Verarmungskarrieren dar bzw. verfestigen dieselben. Dabei geht es nicht um eine undifferenzierte Verteufelung von Leistung und Wettbewerb. Jedes für sich hat durchaus wichtige soziale Funktionen in einer Gesellschaft, die aus sich heraus den Wohlstand ihrer Bürger sichern und ggf.

mehren will. Die Leistung des einzelnen aber wird nicht daran gemessen, was jemand tatsächlich leisten kann, ob er das ihm Mögliche für sich selbst und die Gesellschaft leistet, sondern seine Leistung wird an der anderer gemessen: Der intellektuell Schwächere wird am geistig Fitten gemessen, der gesundheitlich Beeinträchtigte am Gesunden, der mit ungünstigeren Startchancen an dem, dem qua Begabung und/oder sozialem Milieu alle Steine aus dem Weg geräumt worden sind bzw. werden.

Insbesondere bei nicht wenigen jungen Menschen wächst der Frust, aus ihrer No-Winner-Situation heraus keine Chance zu haben, ihren Anteil am Reichtum dieser Gesellschaft zumindest auf legalem Wege erhalten zu können. Sie neiden anderen das, was diese bekommen, sie verteufeln sozial noch Schwächere, ja, sie werden tötlich, mit zum Teil tödlichem Ausgang! Dagegen soll, so fordern konservative Innenpolitiker, der Staat aufrüsten. Nicht der soziale Diskurs über Verteilungsfragen wird in dieser Gesellschaft gesucht, sondern die Wagenburg der Reichen wird noch fester geschlossen. Untersuchungen zeigen die auch zunehmend sozialräumliche schroffe Trennung von Armut und Reichtum in den Städten. Private Sicherungsdienste haben Hochkonjunktur!

Es gibt soziale Hierarchisierung und diese hat eine wichtige Funktion für unsere Gesellschaft. Eine derartige soziale Hierarchie allerdings wird nur dann sozial akzeptiert werden können, wenn sie auf einer Absicherung von Mindestrechten für alle beruht. Über die liberalen Grund- und Freiheitsrechte hinaus, deren Bedeutung gerade angesichts wachsender Gewalt in dieser Gesellschaft wichtiger denn je ist, bedarf es sozialer Grundrechte, zu denen die angemessene Gewährung von Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, Arbeit, Versorgung im Alter und im Krankheits-/Pflegefall gehören. Je schneller und je gründlicher diese Gesellschaft darüber nachdenkt, wie solche Mindeststandards gewährt werden können, um so eher sind die gewaltsamen Protestaktionen gegen soziale Ungleichverteilung und Chancenlosigkeit gerade bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu stoppen.

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster  
Ev. Fachhochschule  
Rheinland Westfalen Lippe

### **Literaturhinweise**

Benz, Benjamin, Boeckh, Jürgen, Huster, Ernst-Ulrich (2000): Sozialraum Europa, Ökonomische und politische Transformation in Ost und West, Opladen;  
Boeckh, Jürgen, Huster, Ernst-Ulrich, Benz, Benjamin (2004): Sozialpolitik in Deutschland, Eine systematische Einführung, Wiesbaden  
Bundesregierung (2001): Lebenslagen in Deutschland, Erster Armuts- und Reichtumsbericht, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5990;  
Europäische Kommission (2001): Beschreibung der sozialen Lage in Europa, Luxemburg;

- Hanesch, Walter u.a. (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland, Reinbek bei Hamburg;
- Hock, Beate u.a. (2000): Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Abschlußbericht zur Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt am Main
- Huster, Ernst-Ulrich (<sup>2</sup> 1997): Reichtum in Deutschland, Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt New York;